

Protokoll des Treffens der AG NPuG  
am 22.10.2018, 18 Uhr, im "Il Caminetto"

Anwesend: Ekkehard, Martin, Volker

Entschuldigt: Sybille, Wolfgang D.

Protokollant: Volker (Mithilfe Ekkehard)

**I. Themen der Gesprächsrunde:**

- Kurzreferat (Volker) „**Neues von der Energiewende**“ (s. unten, Anhang)
- Bericht (Martin) über den **CETA-Aktionstag am 29.9. in Karlsruhe**: „Für Klimaschutz und fairen Welthandel. CETA, JEFTA und Co. Stoppen“. Der Veranstalter war das „Netzwerk gerechter Welthandel“. Von ihm gibt es Forderungen (in 10 Punkten), siehe: <https://www.gerechter-welthandel.org/wp-content/uploads/2017/12/Zehn-Forderungen-Handelspolitik.pdf>; sowie <https://www.gerechter-welthandel.org/2018/10/01/pm3-ceta-aktionstag-2018/>).

Nächste Termine in dieser Sache sind: November Entscheidung des EuGH und des BVG; sowie Entscheidungen des BTs und BRs im nächsten Jahr.

- **Binding Treaty**. Das ist ein geplantes UN-Abkommen, das große Konzerne auf die Einhaltung der Menschenrechte verpflichten soll. Attac und über 700 zivilgesellschaftliche Organisationen weltweit setzen sich für ein verbindliches und möglichst starkes Abkommen ein. Doch Deutschland und die EU mauern. (s. <https://www.attac.de/kampagnen/menschenrechte-vor-profit/startseite/>)

Von Ekkehard kam die Anregung: Wir sollten uns mit dem Bündnis der verschiedenen teilnehmenden Initiativen näher beschäftigen, so z.B. die Papiere (zu einer alternativen Welthandelsordnung) evaluieren oder die regionalen Treffen dieses Bündnisses besuchen. Daraus könnte sich vielleicht für uns eine nähere konstruktive Zusammenarbeit ergeben.

## II. Termine:

- **Nächstes NPuG-Treffen:** Montag 26.11.2018, 18 Uhr, im "Il Caminetto", Kronenstraße 5
  - **Treffen von "Karlsruher Bündnis für Gerechten Welthandel":** Dienstag 20.11.2018, 19 Uhr, Nebenraum im "Walhalla", Augartenstr.27 Gäste willkommen!
  - **Stammtisch Attac Karlsruhe**  
13. November 2018  
Beginn: 19:30 Uhr Ende: 21:00 Uhr  
Treffpunkt: „Kleiner Ketterer“, Adlerstr. 34 am Lidellplatz, Karlsruhe
  - **Heiner Flassbeck liest** aus dem neuen Buch "Gescheiterte Globalisierung - Ungleichheit, Geld und die Renaissance des Staates" im Rahmen der Karlsruher Bücherschau. Attac Karlsruhe organisiert diese Veranstaltung mit und wird mit einem Büchertisch vor Ort sein und mitdiskutieren.  
Montag 26.11.2018, 19:30 Uhr
- 

## III. Anhang

### Neues von der Energiewende im September/Oktober 2018

(Kurzfassung eines Referates von Volker Brandl, vom 22.10.18):

*Auf der internationalen Klimakonferenz 2015 in Paris haben sich etwa 150 Nationen verpflichtet, klimaschädliche Emissionen bis zum Jahr 2050 drastisch zu reduzieren. Damit soll – verglichen mit vorindustriellem Niveau – die zunehmende Erwärmung der Erdatmosphäre im Jahr 2050 bei gerade noch erträglichen 1,5° bzw. 2° Celsius gestoppt werden. Erreicht werden soll dies durch eine radikale Transformation von Energie-Produktion und -Verbrauch, vor allem bezüglich folgender Felder: Industrie, Verkehr, Landwirtschaft und Wohnen. Diese Transformation wird „Energiewende“ genannt.*

- Nach monatelangem Anlauf **gibt es in Deutschland nun eine Kommission, die sich um die Verkehrswende kümmern soll.** Im Unterschied zur Kohle-Kommission sollen aber bei der neuen Plattform "**Zukunft der Mobilität**" - mit den Umweltverbänden - wichtige Gruppen außen vor bleiben. Im Koalitionsvertrag haben Union und SPD vereinbart, dass eine Kommission Vorschläge machen soll, wie der Verkehrssektor sein Klimaziel für 2030 erreichen kann – ähnlich wie die Kohlekommission im Energiesektor. Die Vorschläge sollen dann zusammen mit denen der Kohlekommission als Grundlage für das Klimaschutzgesetz dienen, das im kommenden Jahr beschlossen werden soll. (<https://www.klimareporter.de/verkehr/scheuer-laesst-nicht-alle-einsteigen>)

- Die **Preise für den Ausstoß des Treibhausgases CO<sub>2</sub>** sind in den Industrie- und Schwellenländern **nach wie vor viel zu niedrig**, um einen Anreiz für aktiven Klimaschutz zu setzen. Das hat die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ihren Mitgliedern erneut ins Stammbuch geschrieben. Die Regierungen müssten die CO<sub>2</sub>-Preise "deutlich schneller erhöhen", fordert die Organisation. Andernfalls seien die Ziele des Pariser Klimaabkommens, zu denen die Länder sich verpflichtet haben, nicht zu erreichen.  
(<https://www.klimareporter.de/finanzen/treibhausgase-immer-noch-viel-zu-billig>)
- **Der Weltklimarat IPCC** hat ein entschlossenes Handeln angemahnt, um **die Erderwärmung noch auf 1,5 Grad zu begrenzen**. Notwendig seien "schnelle, weitreichende und beispiellose Änderungen in allen gesellschaftlichen Bereichen", heißt es in einem **Sonderbericht** [<http://www.ipcc.ch/report/sr15/>] des IPCC, der im südkoreanischen Incheon veröffentlicht wurde. Sollte dieses 1,5-Grad-Ziel verfehlt werden, drohen den Wissenschaftlern zufolge dramatische Folgen für das Leben auf der Erde.  
(<https://www.zeit.de/wissen/umwelt/2018-10/weltklimarat-ipcc-duerre-sonderbericht-erderwaermung>)
- Das **EU-Parlament** hat sich am Mittwoch auf eine gemeinsame Haltung geeinigt. Die Abgeordneten fordern eine **Senkung der CO<sub>2</sub>-Grenzwerte um 40 Prozent bis 2030** im Vergleich zu 2020. Damit strebt das Parlament ehrgeizigere Ziele an als die EU-Kommission und die Bundesregierung, die den Ausstoß um 30 Prozent drücken wollen. Außerdem fordern die Abgeordneten, dass Autohersteller bis 2030 mindestens 35 Prozent Autos mit geringem oder keinem CO<sub>2</sub>-Ausstoß verkaufen. Bevor neue Vorgaben verbindlich eingeführt werden können, muss sich das EU-Parlament aber mit den Mitgliedstaaten einigen. Die EU-Umweltminister wollen am 9. Oktober eine Position festlegen. Die deutsche Autoindustrie hofft nun auf weniger scharfe Vorgaben. (<http://www.spiegel.de/auto/aktuell/eu-parlament-stimmt-fuer-schaerfere-co2-grenzwerte-a-1231455.html>)
- **Der Kohlendioxid-Ausstoß** von Neuwagen soll nach dem Willen der EU-Staaten von 2020 bis 2030 um 35 Prozent sinken. Diese gemeinsame Position beschlossen die **EU-Umweltminister** am Abend in Luxemburg vor den anstehenden Verhandlungen mit dem Europaparlament. Der Beschluss fiel deutlich schärfer aus als ursprünglich von der Bundesregierung und von der deutschen Autoindustrie gewünscht. Einigen EU-Ländern ging er jedoch nicht weit genug, darunter Irland, Schweden und Dänemark.  
(<http://www.spiegel.de/auto/aktuell/eu-entscheidung-fuer-neuwagen-soll-co2-ausstoss-um-35-prozent-sinken-a-1232416.html>)